14

AAN NASIONAL RI

VI : -
27

37 hal

PERPUSTAKAAN NASIONAL
REPUBLIK INDONESIA

PERPUSTAKAAN NASIONAL
REPUBLIK INDONESIA

PERPUSTAKAAN NASIONAL
REPUBLIK INDONESIA

VI, 327

Sonderausgabe für die Deutsche Kolonialgesellschaft.

Zur Flottenfrage.

Die Reden
der
Bevollmächtigten zum Bundesrat

gelegentlich der ersten Lesung des Etats
im Deutschen Reichstage.

II

Berlin 1899.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und
Verlagsanstalt, SW., Wilhelmstr. 32.

PERPUSTAKAAN NASIONAL RI.

Inhalt.

Seite

1. Rede des Reichskanzlers 3
2. Rede des Grafen Bülow 4
3. Reden des Vice-Admiral Tirpitz 12, 20, 31
4. Rede des Reichsschatzsekretärs von Thielemann 17
5. Rede des Finanzministers von Miquel 24
6. Reden des Gesandten Graf von Lerchenfeld-Köfering 28
7. Rede des Staatsministers Graf von Posadowsky-Wehner . . 35

119. Sitzung des Reichstages.

11. Dezember 1899.

Reichskanzler Fürst **zu Hohenlohe-Schillingsfürst:** Ehe Sie, meine Herren, in die Berathung des Reichshaushalts-Etats für das kommende Rechnungsjahr eintreten, glaube ich Sie über die Absichten der verbündeten Regierungen in einer Frage unterrichten zu sollen, die in den letzten Wochen den Gegenstand lebhafter Erörterung in der Presse gebildet hat, und die ohne Zweifel auch bei der Berathung des Etats in den Vordergrund treten wird.

Wenn auch der vorliegende Etatsentwurf den Bestimmungen des Flottengesetzes vom 10. April 1898 entsprechend aufgestellt ist, so darf ich doch nicht verhehlen, daß die verbündeten Regierungen zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß der damals festgesetzte Sollbestand der Flotte einer Vermehrung bedarf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die seit Annahme jenes Gesetzes eingetretenen Veränderungen aller für die deutschen Seeinteressen in Betracht kommenden politischen Verhältnisse, denen Deutschland bei der Entwicklung seiner Seemacht Rechnung tragen muß, stellen uns vor die ernste Frage, ob wir allen Eventualitäten gegenüber ausreichend gerüstet sind. Die verbündeten Regierungen können diese Frage nicht bejahen. Ich habe daher im Namen der verbündeten Regierungen dem hohen Hause nachfolgende Erklärung abzugeben:

Bei der großen Bedeutung, welche die Flottenfrage besitzt, halten sich die verbündeten Regierungen für verpflichtet, dem Reichstage mitzutheilen, daß sich eine **Novelle zum Flottengesetz** in Vorbereitung befindet, die auf eine

wesentliche Erhöhung des Sollbestandes der Flotte anbezielt. (Hört! hört! links.) Dabei ist, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Bundesraths über die Vorlage, in Aussicht genommen eine Verdoppelung der Schlachtflotte und der großen Auslandsschiffe bei gleichzeitiger Streichung des ganzen Küstengeschwaders.

Eine Beschaffungsfrist für die Vermehrung des Sollbestandes soll gesetzlich nicht festgelegt werden, vielmehr wird die Zahl der jährlich in den Etat einzustellenden Schiffsbauten der etatsmäßigen Feststellung überlassen bleiben. Die verbündeten Regierungen gehen dabei von der Annahme aus, daß den bei der Finanzirung des Etats im allgemeinen festgehaltenen Grundsätzen entsprechend die zur Erreichung des erhöhten Sollbestandes bestimmten Schiffe aus Anleihemitteln bezahlt werden.

Staatsminister **Graf von Bülow:** Meine Herren, die Nothwendigkeit der von den verbündeten Regierungen in Aussicht genommenen Ergänzung und Erweiterung des Flottengesetzes von 1898 geht hervor aus der gegenwärtigen Weltlage und aus den Bedürfnissen unserer überseeischen Politik.

In Beziehung auf unsere überseeische Politik ist die Stellung der Regierung nicht gerade eine leichte. Von der einen Seite werden wir ermahnt, und bisweilen in einigermaßen stürmischer Weise ermahnt, unsere überseeischen Interessen eifriger wahrzunehmen; auf der anderen Seite heißt es, daß wir uns schon zu weit engagirt hätten und abenteuerliche Bahnen einschlagen wollten. Ich werde mich bemühen, nachzuweisen, daß wir weder in das eine noch in das andere Extrem verfallen sind, noch zu verfallen gedenken, sondern die ruhige Mittellinie einhalten, welche gleich weit entfernt ist von Vernachlässigung wie von Ueberspannung unter überseeischen Interessen.

Ueber einen Punkt kann freilich ein Zweifel nicht obwalten, nämlich daß die Dinge in der Welt auf eine Weise in Fluß gerathen sind, die noch vor zwei Jahren niemand voraussehen konnte. (Bewegung.) Man hat gesagt, meine Herren, daß in jedem Jahrhundert eine Auseinandersetzung, eine große Liquidation stattfinde, um Einfluß, Macht und Besitz auf der Erde neu zu vertheilen: im sechzehnten Jahrhundert theilten sich die Spanier und Portugiesen in die

neue Welt, im siebzehnten Jahrhundert traten die Holländer, die Franzosen und die Engländer in die Konkurrenz ein, während wir uns untereinander die Köpfe einschlugen (Heiterkeit), im achtzehnten Jahrhundert verloren die Holländer und die Franzosen das Meiste, was sie gewonnen hatten, wieder an die Engländer. In unserem neunzehnten Jahrhundert hat England sein Kolonialreich, das größte Reich, das die Welt seit den Tagen der Römer gesehen hat, weiter und immer weiter ausgedehnt, haben die Franzosen in Nordafrika und Ostafrika festen Fuß gefaßt und sich in Hinterindien ein neues Reich geschaffen, hat Rußland in Asien seinen gewaltigen Siegeslauf begonnen, der es bis zum Hochplateau des Pamir und an die Küsten des Stillen Ozeans geführt hat. Vor vier Jahren hat der chinesisch-japanische Krieg, vor kaum anderthalb Jahren der spanisch-amerikanische Krieg die Dinge weiter ins Rollen gebracht, große, tiefeinschneidende, weitreichende Entscheidungen herbeigeführt, alte Reiche erschüttert, neue und ernste Fermente der Gährung in die Entwicklung getragen. Niemand kann übersehen, welche Konsequenzen der Krieg haben wird, der seit einigen Wochen Südafrika in Flammen setzt. (Hört! Hört!)

Der englische Premierminister hatte schon vor längerer Zeit gesagt, daß die starken Staaten immer stärker und die schwachen immer schwächer werden würden. Alles, was seitdem geschehen ist, beweist die Richtigkeit dieses Wortes. Stehen wir wieder vor einer neuen Theilung der Erde, wie sie vor gerade hundert Jahren dem Dichter vorschwebte? Ich glaube das nicht, ich möchte es namentlich noch nicht glauben. Aber jedenfalls können wir nicht dulden, daß irgend eine fremde Macht, daß irgend ein fremder Jupiter zu uns sagt: Was thun? die Welt ist weggegeben. Wir wollen keiner fremden Macht zu nahe treten, wir wollen uns aber auch von keiner fremden Macht auf die Füße treten lassen (Bravo!), und wir wollen uns von keiner fremden Macht bei Seite schieben lassen, weder in politischer, noch in wirthschaftlicher Beziehung. (Lebhafter Beifall.) Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage, im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizirten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, welche wir einzunehmen haben gegenüber den Vorgängen, die sich um uns herum

abspielen und vorbereiten, und welche die Keime in sich tragen für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse für vielleicht unabsehbare Zeit. Unthätig bei Seite stehen, wie wir das früher oft gethan haben, entweder aus angeborener Bescheidenheit (Heiterkeit), oder weil wir ganz absorbirt waren durch unsere inneren Zwistigkeiten, oder aus Doktrinarismus — träumend bei Seite stehen, während andere Leute sich in den Kuchen theilen, das können wir nicht und wollen wir nicht. (Beifall.) Wir können das nicht aus dem einfachen Grunde, weil wir jetzt Interessen haben in allen Welttheilen, wie dies schon während der zweiten Lesung der Flottenvorlage von dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Hertling, von dem verehrten Herrn Abgeordneten Dr. Lieber hervorgehoben worden ist und von Herrn von Bennigsen, den wir leider nicht mehr an seinem Platze sehen. Die rapide Zunahme unserer Bevölkerung, der beispiellose Aufschwung unserer Industrie, die Tüchtigkeit unserer Kaufleute, kurz, die gewaltige Vitalität des deutschen Volkes haben uns in die Weltwirthschaft verflochten und in die Weltpolitik hineingezogen. Wenn die Engländer von einer Greater Britain reden, wenn die Franzosen sprechen von einer Nouvelle France, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland (Bravo! rechts, Heiterkeit links), nicht im Sinne der Eroberung, wohl aber im Sinne der friedlichen Ausdehnung unseres Handels und seiner Stützpunkte. Ihre Heiterkeit, meine Herren, macht mich nicht einen Augenblick irre. Wir können nicht dulden und wollen nicht dulden, daß man zur Tagesordnung übergeht über das deutsche Volk. (Lebhafter Beifall rechts. Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.) Ich freue mich sagen zu können, daß das bisher im großen und ganzen von allen Seiten anerkannt wird.

Mit Frankreich haben wir uns in den bisher vereinzelten Fällen, wo es zu kolonialen Abmachungen kam, immer leicht und immer willig verständigt. Bei Rußland haben wir auch in dieser Beziehung ein freundschaftliches Entgegenkommen gefunden, welches wir voll und ganz erwidern. (Bravo! rechts.) Die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und uns hat erst vor wenigen Tagen der Präsident der Vereinigten Staaten mit einer Wärme hervorgehoben, die uns mit aufrichtiger Genug-

thuung erfüllt. (Zuruf rechts.) Japan beabsichtigen wir ebenso wenig zu schädigen, wie wir annehmen können, daß dasselbe uns zu beeinträchtigen geneigt sein sollte. Und was England angeht, so sind wir gern bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitigen Rücksichtnahme in Frieden und Eintracht mit ihm zu leben. Aber gerade weil unsere auswärtige Lage jetzt eine günstige ist, müssen wir dieselbe benutzen, um uns für die Zukunft zu sichern. Daß diese Zukunft eine friedliche sein möge, das wünsche ich, und das wünschen wir Alle. Ob diese Zukunft eine friedliche sein wird, das kann Ihnen niemand sagen. Es ist eine Eigenthümlichkeit unserer Zeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, daß jeden Tag neue Reibungsflächen entstehen können. (Zurufe links.)

In früheren Zeiten lebte die Diplomatie 25 Jahre oder 30 Jahre oder noch länger von einer einzigen Reibungsfläche, und vom Vater auf den Sohn studirte man an einer solchen Wunde herum und dachte nur an sie. Jetzt tauchen jeden Augenblick unvermuthet neue Fragen auf, die bisweilen ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie gekommen sind, bisweilen sich aber im Handumdrehen in sehr bedenkliche und sehr akute Friktionen und Komplikationen verwandeln. Wir müssen nicht nur zu Lande, sondern wir müssen auch zu Wasser gegen Ueberraschungen gesichert sein. Wir müssen uns eine Flotte schaffen, stark genug, um einen Angriff — ich unterstreiche das Wort „Angriff"; bei der absoluten Friedlichkeit unserer Politik kann immer nur von Vertheidigung die Rede sein —; aber eine Flotte stark genug, um den Angriff jeder Macht auszuschließen, müssen wir besitzen. Was wir jetzt versäumen, wenn wir jetzt 3 Jahre mehr oder weniger vorübergehen lassen, ohne uns eine solche Flotte zu schaffen, werden wir nicht wieder einbringen können. Gewiß, meine Herren, gerade weil wir keine quantité négligeable in der Welt sind und uns auch nicht als solche behandeln lassen, vermeiden wir um so sorgsamer alles, was den guten Ruf schmälern könnte, den bei allem berechtigten Selbstbewußtsein uns die Friedlichkeit und die Redlichkeit, das Maßhalten und die Besonnenheit unserer auswärtigen Politik erworben haben. Die deutsche auswärtige Politik — das sage ich nicht nur für dieses hohe Haus — ist weder habgierig, noch unruhig, noch phantastisch. Wenn die deutsche auswärtige Politik die

deutschen Interessen überall wahrt, und mit ruhigem Ernst wahrt, so ist dieselbe andererseits weit entfernt, die Rechte und Interessen anderer verletzen zu wollen. Was uns in dieser Beziehung hier und da in der ausländischen Presse an phantastischen Plänen suppeditirt wird, beruht auf freier Erfindung. Wenn in der deutschen Presse hier und da Stimmen laut geworden sind, Stimmen, die eine andere Tonart anschlugen, so waren dieselben von keiner maßgebenden Stelle inspirirt und wurden an keiner maßgebenden Stelle gebilligt. (Hört! hört!) Ich möchte freilich en passant Solchen, die Artikel verfassen oder veranlassen, in denen wir bald hierher und bald dorthin geschoben werden, bald gegen A und bald gegen B, zu erwägen geben, daß dadurch leicht Mißtrauen gegen uns im Auslande erweckt wird. (Sehr richtig!)

Ich möchte ferner hervorheben, daß die Dinge in der Wirklichkeit nicht so einfach und so glatt liegen, wie sie einer lebhaften und üppigen Phantasie erscheinen; daß es nicht schwierig ist, in seinem Studirzimmer, die Weltkarte vor sich und die Zigarre im Munde, neue Kohlenstationen, Schutzgebiete und Kolonien zu erwerben (sehr gut! — Heiterkeit), daß das aber in der Praxis verwickelter ist, daß Kiautschau, die Karolinen, Marianen, Samoa für Deutschland zu erwerben, nicht so ganz einfach war, mit einem Wort, daß die Gedanken leicht beieinander wohnen, die Sachen im Raume aber verdammt hart aneinander stoßen. Und vor allem will ich auch heute betonen, daß, wie hoch auch die Ziele liegen, welche unser Patriotismus und unser Vertrauen in den aufgehenden Stern des deutschen Volkes uns stecken — und in dieser Beziehung, was Vaterlandsliebe angeht und Vertrauen in die nationale Kraft, läßt sich die Leitung der deutschen auswärtigen Politik von niemand übertreffen, in dieser Beziehung seien Sie ohne Sorge — wir doch mit den jetzt vorhandenen und verfügbaren Machtmitteln rechnen. Wie alle Staaten mit maritimen Interessen sind wir schon durch die Nothwendigkeit der Kohlenbeschaffung — diese Nothwendigkeit hat sich gerade während des spanisch-amerikanischen Krieges in evidentester Weise herausgestellt, in dieser wie in vielen anderen Fragen hat der spanisch-amerikanische Krieg wirklich Fraktur geredet —, schon durch die Nothwendigkeit der Kohlenbeschaffung sind wir angewiesen auf die Erwerbung maritimer Stützpunkte.

Aber schon aus prinzipiellen Gründen denken wir nicht daran, diesen Bestrebungen einen Umfang zu geben, der uns durch die Mißgunst gewisser ausländischer Blätter angedichtet wird, während andererseits der Stand unserer Machtmittel zur See uns nur zu enge Schranken zieht und uns nur zu sehr zwingt, uns nach der Decke zu strecken. Der Kreis und der Umfang unserer überseeischen Interessen — da liegt der Kernpunkt der Frage — hat sich sehr, sehr viel rascher und sehr viel intensiver entwickelt als die materiellen Machtmittel, um diese Interessen so zu schützen und zu fördern, wie dies nothwendig ist. Wenn jemals der Gang der Weltgeschichte auf ein Vorgehen rasch, ich möchte sagen, die historische Quittung ertheilt hat, so war dies der Fall, als unmittelbar nach Annahme der Flottenvorlage erst der spanisch-amerikanische Krieg, dann die Wirren auf Samoa und dann der Krieg in Südafrika unsere überseeische Interessen an so verschiedenen Punkten in ernste Mitleidenschaft zogen, und das Schicksal uns das ad oculus demonstrirt. — Sie werden verstehen, meine Herren, daß ich manches in meiner amtlichen und verantwortlichen Stellung hier nicht sagen kann, daß ich nicht auf jedes i den Punkt setzen kann. Sie werden mich aber doch alle verstehen, wenn ich sage, daß das Schicksal uns an mehr als einem Punkte des Erdballs gezeigt hat, wie dringend und brennend die vor zwei Jahren erfolgte Verstärkung unserer Flotte, wie weise und patriotisch es von diesem hohen Hause war, der Regierungsvorlage seiner Zeit zuzustimmen, und wie unerläßlich durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse der ins Auge gefaßte Ausbau des Flottengesetzes vom Jahre 1898 geworden ist.

Meine Herren, eine Politik, die sich von diesem Boden entfernen würde, von diesem soeben von mir gekennzeichneten Boden, dem Boden der Wirklichkeit, wäre keine Realpolitik mehr, und nur eine gesunde Realpolitik können und werden und dürfen wir treiben. Wir vergessen darum auch bei allem Eifer für die Entwickelung unserer überseeischen Interessen nicht, daß unser Zentrum in Europa ist, und wir vernachlässigen nicht die Pflicht, für die Sicherheit unserer europäischen Stellung zu sorgen, die beruht auf dem Dreibund, dem unerschütterten Dreibund, und unsern guten Beziehungen zu Rußland. (Bravo! rechts.) Die beste Gewähr dafür, daß unsere überseeische Politik immer eine maßvolle und besonnene bleiben wird, liegt in der stets für uns

vorhandenen Nothwendigkeit, unsere Kräfte in Europa bereit und gesammelt zu halten. Schon weil wir diese Kräfte nicht zersplittern dürfen, werden wir immer nur einen in militärischer und finanzieller Hinsicht sorgsam, gewissenhaft, gründlich und reiflich erwogenen und abgemessenen Theil derselben für überseeische Zwecke bestimmen.

Meine Herren, warum verstärken denn alle anderen Staaten ihre Flotte? Doch sicherlich nicht bloß aus Vergnügen am Geldausgeben. (Heiterkeit links.) Italien ist trotz finanzieller Schwierigkeiten immer und immer wieder zu allen Opfern für die Flotte bereit. In Frankreich kann die Regierung der Volksvertretung kaum genug thun in Ausgaben für Flottenzwecke. Rußland hat das Tempo seiner Flottenverstärkung verdoppelt. Amerika und Japan machen in dieser Beziehung gewaltige Anstrengungen, und England, welches die mächtigste Flotte der Welt besitzt, ist unausgesetzt bemüht, dieselbe zu vergrößern. Ohne eine wesentliche Erhöhung des Sollbestandes unserer Flotte können wir neben Frankreich und England, neben Rußland und Amerika unsere Stellung in der Welt nicht behaupten, und wir haben eine Stellung in der Welt zu behaupten. So wenig wir ohne eine angemessene Landmacht unsere europäische Position wahren können, so wenig können wir ohne eine erhebliche und beschleunigtere Verstärkung unserer Seemacht unsere umfangreichen und immer umfangreicher werdenden überseeischen Interessen und unsere Weltstellung behaupten. Ueber die technische Durchführbarkeit dieser Verstärkung und über manche andere Punkte wird sich mein verehrter Freund, der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts, auszusprechen haben, über unsere finanzielle Leistungsfähigkeit der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts. Vom politischen Standpunkt aus kann im Hinblick auf die gegenwärtige Weltlage und mit Rücksicht auf unsere Lage in der Welt über die Nothwendigkeit der in Rede stehenden Verstärkung nicht der mindeste Zweifel obwalten. Ich erfülle lediglich eine Pflicht meines Amts, wenn ich dies in aller Ruhe und ohne jede polemische Schärfe aber mit voller Ueberzeugung ausspreche. Wenn wir uns nicht eine Flotte schaffen, welche genügt, um unsere überseeischen Unternehmungen, unseren Handel, unsere Landsleute in der Ferne — ich erinnere nur an die Vorgänge, die sich jetzt in Venezuela abspielen, wo wichtige deutsche Interessen auf dem Spiele stehen, wo diese

PERPUSTAKAAN NASIONAL RI.

sehr erheblichen deutschen Interessen in hohem Grade gefährdet erscheinen, und wohin wir kaum zwei oder drei alte Schulschiffe senden können — ich sage, wenn wir uns nicht eine Flotte schaffen, die ausreicht, unseren Handel, unsere Landsleute in der Fremde, unsere Missionen (aha! links) und die Sicherheit unserer Küsten zu schützen, so gefährden wir die vitalsten Interessen des Landes. Um aber diesen unseren Entschluß, diesen unseren festen, unwiderruflichen Entschluß, uns eine solche für Vertheidigungszwecke ausreichende Flotte zu verschaffen, nach außen, vor der Welt und dem Auslande zu dokumentiren, ist nach Ansicht der verbündeten Regierungen die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes der Flotte unerläßlich. Meine Herren, die letzten Jahrzehnte haben viel Glück und Macht und Wohlstand über Deutschland gebracht. Glück und steigender Wohlstand des Einen pflegen bei dem Anderen nicht immer reine Befriedigung hervorzurufen, das kann auch Neid erwecken. Der Neid spielt im Leben des Einzelnen und im Leben der Völker eine große Rolle. Es ist viel Neid gegen uns in der Welt vorhanden (Zuruf links), politischer Neid und wirthschaftlicher Neid. Es giebt Individuen und es giebt Interessentengruppen und es giebt Strömungen und es giebt vielleicht auch Völker, die finden, daß der Deutsche bequemer war und daß der Deutsche für seine Nachbarn angenehmer war in jenen früheren Tagen, wo trotz unserer Bildung und trotz unserer Kultur die Fremden in politischer und wirthschaftlicher Hinsicht auf uns herabsahen, wie hochnäsige Kavaliere auf den bescheidenen Hauslehrer. (Sehr richtig! — Heiterkeit.) Diese Zeiten politischer Ohnmacht und wirthschaftlicher und politischer Demuth sollen nicht wiederkehren. (Lebhaftes Bravo.) Wir wollen nicht wieder, um mit Friedrich List zu sprechen, die Knechte der Menschheit werden. Wir werden uns aber nur dann auf die Höhe erhalten, wenn wir einsehen, daß es für uns ohne Macht, ohne ein starkes Heer und eine starke Flotte keine Wohlfahrt giebt. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Das Mittel, meine Herren, in dieser Welt den Kampf ums Dasein durchzufechten ohne starke Rüstung zu Lande und zu Wasser, ist für ein Volk von bald 60 Millionen, das die Mitte von Europa bewohnt und gleichzeitig seine wirthschaftlichen Fühlhörner ausstreckt nach allen Seiten, noch nicht gefunden worden. (Sehr wahr! rechts.)

In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Hammer oder Amboß sein.

Vom Standpunkt meines Ressorts, vom Standpunkt der auswärtigen Politik, im Namen der höchsten Interessen des Landes bitte ich Sie: bringen Sie der Flottennovelle Wohlwollen entgegen.

Meine Herren, ich will mich zusammenfassen: unsere Politik, unsere überseeische Politik, unsere auswärtige Politik, unsere Gesammtpolitik ist eine friedliche, aber auch aufrichtige, eine selbstständige. Wir gehen bei niemand zu Lehen, wir treiben lediglich deutsche Politik. Ob und wann, wie und wo wir genöthigt sein können, zur Wahrung unserer Weltstellung und zur Vertretung unserer Weltinteressen aus unserer bisherigen Reserve hervorzutreten, das, meine Herren, hängt vom Gang der Ereignisse ab, vom allgemeinen Gang der Ereignisse, den keine einzelne Macht vorzeichnen kann; das hängt ab von Umständen, die niemand im voraus bis ins einzelne zu berechnen vermag. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, und damit will ich schließen, daß, wenn wir bestrebt sind, in einer gährenden Zeit und unter schwierigen, unter oft sehr schwierigen Verhältnissen den Frieden, die Ehre, die Wohlfahrt des Reiches zu wahren, diese unsere Politik und diese unsere Bemühungen getragen sein werden von der Unterstützung dieses hohen Hauses und von der Zustimmung der Nation. (Lebhaftes Bravo.)

Vice-Admiral **Tirpitz**: Meine Herren, nach den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amts zur Begründung der Nothwendigkeit einer weiteren Flottenverstärkung glaube ich als Staatssekretär des Reichsmarineamts dem hohen Hause eine Aufklärung schuldig zu sein über meine Erklärung im Januar d. J. in der Budgetkommission, daß auf allen Seiten die Absicht bestehe, das Sexennat durchzuführen und die Limitirung inne zu halten.

Meine Herren, als es sich vor 2 1/2 Jahren, im Frühjahr 1897, darum handelte, die Gesichtspunkte für die Aufstellung des Flottengesetzes zu normiren, ist von mir eine Denkschrift verfaßt worden. Ich glaube, daß es zur Aufklärung über die ganze Flottenfrage beitragen wird, wenn ich den wesentlichsten Inhalt dieser Denkschrift hier kurz

wiedergebe. Die Denkschrift basirte auf rein militärischen Gesichtspunkten und führte folgendes aus:

Zur Bestimmung des Umfangs und der Zusammensetzung der deutschen Marine müsse die schwierigste Kriegslage zu Grunde gelegt werden; denn diejenige Zusammensetzung, welche für die schwierigste Kriegslage ausreichte, würde auch für alle übrigen Fälle ausreichen müssen. Die Zusammensetzung unserer Flotte jedem denkbaren Einzelfalle anpassen zu wollen, würde die Beschränktheit unserer Mittel nicht zulassen.

Die schwierigste Kriegslage tritt für die Marine ein, wenn wir dem größten unter den möglichen Gegnern zur See gegenüberstehen. Kreuzerkrieg oder transozeanischer Krieg gegen einen solchen Gegner ist mit Rücksicht auf den gänzlichen Mangel an Stützpunkten unsererseits und den Ueberfluß an solchen auf der anderen Seite so aussichtslos, daß wir planmäßig auf diese Kriegsart hin nicht organisiren können; wir müssen vielmehr unsere Marine so einrichten, daß ihre höchste Kriegsleistung in einem Vertheidigungskriege in der Nordsee, in der Seeschlacht daselst liegt. Nach der Entwicklungskraft unserer Marine, die begrenzt ist durch die Leistungsfähigkeit unserer Schiffbau-, Panzer- und Waffenindustrie, ferner durch den Umfang unserer Werften und die Zahl unserer Docks, sowie durch die Möglichkeit, das Offizier- und Chargenpersonal zu beschaffen, und endlich in Uebereinstimmung mit unserer seit Jahren erprobten Organisation würden wir im Laufe der nächsten 10 Jahre nicht mehr als etwa zwei Geschwader von Linienschiffen aufzustellen im Stande sein. Mit dem Küstenpanzergeschwader der Siegfriedklasse müßten wir als mit einer vorhandenen Größe vorläufig rechnen.

Für den planmäßigen Auslandsdienst wären so viele Schiffe vorzusehen, als erforderlich sind, erstens um unsere Interessen im Frieden überall kraftvoll vertreten zu können und zweitens, um gegen halbentwickelte Staaten von geringerer Seemacht stets ausreichende Streitkräfte zur Hand zu haben.

Ueberseeische Konflikte mit europäischen Mächten würden in Europa entschieden; bei überseeischen Konflikten mit außereuropäischen Mächten von größerer Seemacht müßten wir auf Theile oder auf die ganze heimische Schlachtflotte zurückgreifen.

Meine Herren, das waren im wesentlichen die militärischen Gesichtspunkte, welche für die Ausarbeitung und später für die Festsetzung des Flottengesetzes von 1898 maßgebend gewesen sind. Ich kann nicht leugnen, daß ich sowohl bei der Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes, wie auch nachher bei der Vertretung in diesem hohen Hause mir darüber nicht im Unklaren gewesen bin, daß ein endgiltiger Abschluß für die deutsche Flotte mit diesem Sollbestand nicht erreicht sein würde, weil dieser Sollbestand in keiner Weise für die beiden gefährlichsten Fälle, die man sich denken könnte, ausreichte. Meine Herren, beeinflußt durch die damals von mir erheblich zu gering geschätzte Leistungsfähigkeit unserer Industrie und der Entwickelungskraft unserer Marine und beeinflußt durch den Umstand, daß nach meiner damaligen Auffassung — es war im Frühjahr 1897 — die Erkenntniß der Bedeutung der deutschen Seemacht im deutschen Volke noch nicht ausreichend entwickelt war, haben wir nicht mehr in dem Flottengesetze fordern können, als gefordert worden ist.

Meine Herren, das Flottengesetz hatte noch seine besondere Bedeutung dadurch, daß es gesetzlich die Organisationen und die Methode der weiteren Entwicklung unsere Flotte festlegte. Ich habe bereits bei der ersten Lesung des Flottengesetzes einer vielleicht in Zukunft nothwendigen Verstärkung insofern Ausdruck zu verleihen gesucht, als ich mir damals auszuführen erlaubte, daß nach meiner Ansicht für die verbündeten Regierungen die unbegrenzte Giltigkeitsdauer dieses Gesetzes keine Frage prinzipieller Bedeutung sei.

Nach Bewilligung des Flottengesetzes von 1898 brach der spanisch-amerikanische Krieg aus und führte mit erschreckender Deutlichkeit aller Welt vor Augen, welche Bedeutung es hat, wenn eine Nation große Seeinteressen besitzt und nicht die Mittel, sie zu vertheidigen. Es trat ganz naturgemäß ein Drängen auf eine schnellere Entwicklung der deutschen Flotte ein. Auf meinen Vortrag wurde dann an maßgebender Stelle im Dezember

vorigen Jahres die Entscheidung getroffen, daß wir zwar nach Beendigung des Sexennats einer Vermehrung unserer Flotte ernstlich näher treten müßten, daß aber zunächst der Versuch gemacht werden müßte, das Flottengesetz in der Weise, wie es vorlag, auszuführen und mit der Limitirung auszukommen. Diese Entscheidung ist für mich die Grundlage gewesen für meine Erklärung in der Budgetkommission, daß bei allen in Betracht kommenden Stellen die feste Absicht bestehe, das Flottengesetz durchzuführen und die Limitirung inne zu halten. Inzwischen gingen die historischen Ereignisse ihren Gang weiter und zeigten uns immer deutlicher, welche Bedeutung es hat, wenn unsere Wehrkraft eine solche Lücke zur See aufweist, wie sie unsere Flotte selbst nach Durchführung des Flottengesetzes noch aufweisen würde.

Die weitere Durchführung des Flottengesetzes würde sich nun folgendermaßen gestaltet haben. Nach Bewilligung des vorliegenden Etats-Entwurfs würden sämmtliche Neubauten, die zur Erreichung des gesetzlichen Sollbestandes erforderlich waren, auf Stapel gesetzt sein. Die Vermehrung der Marine würde damit beendigt sein. Für die nächsten 3 Jahre, die drei letzten Jahre des Sexennats sind nur noch Ersatzbauten vorgesehen, und zwar war für die Inbaugabe von fünf großen Schiffen die geringe Summe von 35 Millionen ausgeworfen. Nun würde sich durch die Preissteigerung und die Nothwendigkeit, unsere Munitionsbestände in erheblicher Weise zu vermehren, bei der Fessel der Limitirung die Durchführung des Flottengesetzes in den drei letzten Jahren so gestaltet haben, daß wir, wenn wir gleichzeitig den Ersatzbau der kleinen Kreuzer durchführen wollten, große Schiffe überhaupt kaum auf Stapel setzen könnten. Wollten wir aber den Ersatzbau der völlig veralteten und gänzlich kriegsunbrauchbaren kleinen Kreuzer zurückstellen, so hätten wir vielleicht in den letzten Jahren zwei bis drei große Schiffe auf Stapel setzen können.

Auf der einen Seite die dringende politische Nothwendigkeit, unsere Flotte zu verstärken, auf der anderen Seite die Fessel der Limitirung, welche uns zwang, fast drei Jahre für die Verstärkung unserer Flotte unbenutzt vorübergehen zu lassen!

Meine Herren, für meine eigene Entscheidung kam

noch ein weiterer Umstand hinzu. Ich hatte mir vorher auszuführen erlaubt, daß ich nach Maßgabe der mir im Frühjahr 1897 zur Verfügung stehenden Kenntnisse unsere gesammte Leistungsfähigkeit nicht höher geschätzt hatte als etwa die Aufstellung von 2 Linienschiffsgeschwadern in den nächsten 10 Jahren. Als die Verhältnisse dringender wurden, und die Nothwendigkeit der Verstärkung unserer Flotte immer näher an uns herantrat, habe ich mich durch persönliche Information auf den Privatwerften und bei den dazu gehörigen Hilfsindustrien überzeugt, daß meine frühere Schätzung der Leistungsfähigkeit zu gering gewesen war, und daß ferner die Entwicklung dieser Industrie so rasch vorgeschritten war, daß keine Schwierigkeiten für ein schnelleres Vorwärtsgehen bestanden. Ich hatte ferner Projekte für die Vergrößerung unserer Werften und dazugehörigen Hafenanlagen ausarbeiten lassen, sodaß ich übersehen konnte, daß auch in diesem Punkte Schwierigkeiten nicht mehr vorlagen, zumal wenn man in Betracht zieht, daß wir etwa 10 bis 12 Jahre für diesen Ausbau zur Verfügung haben. Der Umfang der Anmeldungen zur Einstellung als Offizieraspirant und als sonstiges Berufspersonal in den letzten zwei Jahren bewies ferner, daß die Personalfrage einem beschleunigteren Vorgehen nicht im Wege stand. Meine Herren, gerade die gesetzliche Festlegung unseres Sollbestandes hat unsere Leistungsfähigkeit nach allen Richtungen hin so gesteigert, wie man es vor 2 Jahren kaum ahnen konnte. Ich bin jetzt von der Ueberzeugung durchdrungen, daß, wenn das neue Flottenprogramm gesetzlich festgestellt wird, wir die etwa entgegenstehenden Schwierigkeiten auf materiellem und personellem Gebiet ohne Schwierigkeiten überwinden können.

Meine Herren, ich erlaube mir meine Ausführungen kurz zu resümiren. Ich war, wie ich vor 2 Jahren die Ehre hatte, hier das Flottengesetz zu vertreten, der Ansicht, daß wir für die nächsten 10 Jahre kaum mehr leisten könnten noch bewilligt erhalten würden, als im Flottengesetz vorgesehen ist. Ich war aber niemals der Ansicht, daß der Sollbestand des Flottengesetzes ausreichte für die militärisch gefährlichsten Fälle, mit deren Möglichkeit Deutschland im kommenden Jahrhundert rechnen muß. Heute bin ich der Ansicht, daß, wenn das neue Flottenprogramm gesetzlich festgelegt wird, und damit der feste

Wille unserer Nation zum Ausdruck kommt, eine starke Seemacht schaffen zu wollen, dann eine erheblich schnellere Entwicklung, als ich vor zwei Jahren angenommen habe, sehr wohl möglich ist, und daß es mit Rücksicht auf die lange Beschaffungsfrist, die eine Flotte fordert, im wohlverstandenen Interesse des Vaterlandes liegt, in der Entwicklung unserer Flotte schneller vorzugehen.

Die Herren werden mir wohl glauben, daß es mir persönlich sehr schwer geworden ist, jetzt schon an die Bearbeitung einer neuen Novelle zum Flottengesetz heranzutreten. Auf der einen Seite aber die bittere politische Nothwendigkeit, unsere Flotte baldigst zu verstärken, auf der anderen Seite die Fessel der Limitirung, welche uns zwang, drei Jahre für die Verstärkung der Flotte fast unbenutzt vorübergehen zu lassen, — für einen Mann in einer militärisch so verantwortungsvollen Stellung, wie sie der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat, konnte bei solcher Alternative die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Ich hoffe, meine Herren, daß das hohe Haus dieser Sachlage Rechnung tragen wird, und wenn die Vorlage dem hohen Hause zugegangen, die Herren sich auch ihrerseits davon überzeugen werden, daß im Interesse unseres Vaterlandes, dessen Sicherheit und Gedeihen uns allen gleichmäßig am Herzen liegt, es gut und richtig ist, nicht kostbare Zeit zu verlieren, sondern zu handeln. (Vereinzeltes Bravo bei den Nationalliberalen. Heiterkeit links. Unruhe.)

Reichsschatzsekretär **von Thielmann:** Meine Herren, Ihre fröhliche Stimmung beweist mir, daß Sie mich nach den Ausführungen, die Ihnen soeben von den Vertretern der verbündeten Regierungen vorgetragen worden sind, auch werden etwas über die Ziffern hören wollen (Heiterkeit), welche die Vermehrung unserer Flotte im Laufe von 16 Jahren — das ist eine lange Frist, meine Herren — beanspruchen wird.

Die Art und Weise, wie der Flottenplan auf die Reichsfinanzen einwirken wird, kann ich Ihnen, meine Herren, nur in Umrissen darlegen; denn das Gesetz ist noch nicht zur Vorlage bereit. Wie der Herr Reichskanzler Ihnen soeben gesagt hat, besteht die Absicht, die einzelnen Bauanforderungen für die Schiffe und alles, was damit

zusammenhängt, Ihnen im Wege der ordentlichen Etatsforderung von Jahr zu Jahr vorzulegen. Sie werden also einen genaueren und ins Einzelne gehenden Ueberblick über die Kosten der Flottenvermehrung erst gewinnen können, wenn diese Vorlage ausgestaltet sein wird, und der aus ihr erwachsende Geldbedarf für die einzelnen Jahre nach Höhe und Eintrittstermin feststeht. Ich kann Ihnen jetzt nur die Umrisse geben.

Soweit es sich um die Verdoppelung der Schlachtflotte und der großen Auslandsschiffe, überhaupt um die Vermehrung des dauernden Bestandes der Flotte handelt, wird an der bisherigen Grundidee der Flottenfinanzirung festgehalten werden. Wir haben die Neubauten bisher auf Anleihe übernommen und haben die Erneuerungsquote — die Ihnen bekannten fünf Prozent vom Gesammtwerth der Flotte nebst einem den Verhältnissen entsprechenden Antheil an den Armirungskosten — aus den laufenden Mitteln bestritten, nicht in der Weise, daß wir einen Erneuerungsfonds ansammelten, sondern, daß wir einen entsprechenden Theil der Summen aus den ordentlichen Mitteln auf den Flottenzuwachs verwandten. Auch die größeren Werftanlagen, insbesondere Docks, sind, wie Ihnen bekannt, in der Regel bis jetzt aus Anleihen bestritten worden. Die Gesammtkosten der aus Anleihen zu deckenden Theile der Flottenvermehrung im Laufe von 16 Jahren — hier kommt die erste Ziffer, die ich Ihnen nennen werde — sind auf 783 Millionen Mark geschätzt. (Hört! hört! links.) Daß im Laufe von 16 Jahren eine solche Summe sich in Gestalt von Anleihen aufnehmen läßt, wird nicht angezweifelt werden. (Widerspruch links.) Nun darf ich Ihnen noch die Ziffern der laufenden Ausgaben oder vielmehr der Vermehrung der laufenden Ausgaben nennen. Hier muß ich etwas mehr spezialisiren. Bis zum Schluß der 16 Jahre, also bis zum Jahre 1916, wird bei den fortdauernden Ausgaben der Marineverwaltung eine Erhöhung von 80 Millionen eingetreten sein, bei den Schuldenzinsen von etwas über 27 Millionen, bei den Pensionsfonds von 5½ Millionen und bei der Erneuerungsquote, nämlich der allmählichen Verstärkung der aus laufenden Mitteln zu deckenden Schiffsbaukosten 14½ Millionen, insgesammt 153½ Millionen. (Zuruf links.) — Zuwachs natürlich! — Auf 16 Jahre ergiebt dies eine alljährlich fortschreitende Steigerung der

auf ordentliche Mittel zu übernehmenden Ausgaben um etwa 9½ Millionen in jedem Jahre. Wenn wir demgegenüber die Entwicklung der Einnahmen des Reiches durch die letzten Jahre verfolgen, so ist die Erwartung berechtigt, daß diese Steigerung sich aus den natürlichen Mehrerträgen der laufenden Einnahmen wird decken lassen, und der heute zum ersten Male besprochene, Ihnen seit einigen Tagen vorliegende Etatsentwurf für 1900 bestätigt diese Auffassung. Wir haben die Einnahmequellen nach den bisherigen soliden Grundsätzen, den Ihnen bekannten Durchschnittssätzen aus 24 Monaten, für die Getreidezölle aus drei Jahren veranschlagt, und diese solide Veranschlagung hat bei den Zoll- und Steuereinnahmen einen Zugang von rund 51 Millionen für 1900 gegen 1899 gebracht. Ob diese Mehreinnahmen in so glänzender Weise wiederkehren werden, vermag heute niemand zu sagen. (Hört! hört! links.) Ich bin weit entfernt, Ihnen zu versichern, daß wir jedes Jahr den Etat um 50 Millionen werden erhöhen können. Nehmen Sie aber von den 50 Millionen nur die Hälfte, nehmen Sie noch einen kleineren Theil, so wird dieser kleinere Theil schon reichlich genügen, den alljährlich, wie eben skizzirt, erwachsenden Mehrbedarf der ordentlichen Ausgaben für die Flotte in Höhe von 9½ Millionen oder nicht ganz 10 Millionen zu decken. In dieser Hinsicht, meine Herren, ist kein Grund zu einer Besorgniß.

---

120. Sitzung des Reichstages.

13. Dezember 1899.

Vice-Admiral **Tirpitz**: Meine Herren, ich werde der großen Zahl von Vorwürfen und irreleitenden Behauptungen des Herrn Abg. Bebel nicht in gleichem Umfange erwidern können. Ich glaube aber doch verpflichtet zu sein, dieselben nicht ganz unwidersprochen in die Welt hinausgehen zu lassen.

Der Herr Abg. Bebel hat zunächst eine Reihe von Vorwürfen gegen mich persönlich ausgesprochen. Er hat unter anderem gesagt, ich hätte gewissermaßen mein Manneswort eingesetzt, daß wir in den nächsten 6 Jahren (Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.

Vize-Admiral Tirpitz: Ich habe die Rede des Herrn Abgeordneten Bebel zwei Stunden lang angehört, und ich glaube wohl das Recht zu haben, daß ich hier auch von Ihnen angehört werde, wenn auch nicht zwei Stunden lang, so doch einige Minuten. (Sehr gut! rechts.) Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat gesagt, ich hätte gewissermaßen mein Manneswort eingesetzt, daß in den nächsten 6 Jahren keine weitere Flottenvorlage eingebracht werden solle. Ich weise die Insinuation, die darin liegt, mit Entrüstung zurück. (Zuruf von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.) Ein parlamentarischer Ausdruck dafür steht mir nicht zur Verfügung. Ich habe im Januar dieses Jahres in der Budgetkommission nach bestem Wissen die Verhältnisse auseinandergesetzt, und ich hätte dort sicherlich nicht eine Erklärung abgegeben, so wie ich sie abgegeben habe, wenn ich geglaubt hätte, es könnte jetzt schon eine Vorlage kommen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse haben sich eben, wie ich gestern die Ehre hatte, dem hohen Hause darzulegen, rapide entwickelt. Es ist mir, wie ich bereits ausgeführt habe, schwer genug geworden, an die Bearbeitung einer Novelle heranzutreten; aber ich nehme die volle Verantwortung dafür auf mich. (Zuruf von den Sozialdemokraten. Sehr gut! rechts.) Wir sind durch den Druck der politischen Verhältnisse zu der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Verstärkung der Flotte gekommen und mußten deshalb so vorgehen, wie wir vorgegangen sind.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat mir dann eine andere Bemerkung vorgeführt, die ich bei der ersten Lesung des Flottengesetzes hier gebraucht habe. Ich habe damals gesagt, daß, wenn wir diese Flotte hätten, auch eine Seemacht ersten Ranges sich bedenken würde, offensiv gegen unsere Küsten vorzugehen. Das ist, wie ich ganz offen eingestehen will, kein glücklich gewählter Ausdruck gewesen. Dieser Punkt ist indeß in der Budgetkommission eingehend behandelt worden. Ich habe dort auseinandergesetzt — und das müßte der Herr Abgeordnete Bebel genau wissen —, daß für eine Offensive gegen unsere Küste — rein numerisch betrachtet — nach meiner

Ansicht die 1½ bis anderthalbfache Stärke unserer Flotte erforderlich wäre. Der Herr Abgeordnete Bebel braucht nur einen Flottenalmanach zur Hand zu nehmen, um sich zu informiren, welche Flotte im Stande ist, gegen unsere Flotte, auch nachdem sie ihre jetzige Sollstärke erreicht hat, vorzugehen.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat unser Vorgehen ferner so darzustellen versucht, als ob wir von der Industrie geschoben worden wären. Das ist denn doch eine sehr eigenartige Behauptung. Als ich vor 2½ Jahren das erste Flottengesetz ausarbeitete, war ich mir über die Leistungsfähigkeit unserer Industrie nicht ganz im Klaren. Als später die Verhältnisse dringlicher wurden, und ich es kommen sah, daß wir möglicherweise sehr viel schneller zu einer Verstärkung der Flotte gezwungen werden könnten, als ich vor 2½ Jahren angenommen hatte, bin ich persönlich herumgereist und habe mich über diese Frage bei den verschiedenen Industrieen, die dabei in Betracht kommen, zu orientiren versucht. Ich habe bei dieser Gelegenheit in diskreter Weise die Leiter der besonders in Betracht kommenden Industrieen darauf aufmerksam gemacht, daß wir möglicherweise früher zu einer Verstärkung unserer Marine gezwungen werden könnten, als ich es bisher angenommen hatte, und daß sie sich darauf einrichten möchten. (Aha! und hört! hört! links.) — Das war im Frühjahr und Sommer dieses Jahres, als sich allmählich eine andere Auffassung über Nothwendigkeit der Flottenverstärkung bei uns herausbildete.

Ich habe noch mehr gethan. Ich habe später eine Enquete veranstaltet über die Beziehungen unserer Schiffbauindustrie zu den Hilfsindustrieen, die die Halbfabrikate, für die Schiffbauindustrie liefern, und ich habe mich besonders dafür interessirt, inwieweit man ein besseres Zusammenarbeiten herbeiführen könnte, als es bisher der Fall ist. Ich habe das sowohl für die Kriegsmarine gethan, als auch in dem Gedanken, daß es für die Entwicklung unserer Seeinteressen von der allergrößten Bedeutung ist, daß wir nicht nur diejenigen Schiffe bauen können, die wir selbst brauchen sondern daß wir auch noch für das Ausland zu bauen vermögen. Ich habe die erfreuliche Thatsache konstatirt, daß die Leistungsfähigkeit in jeder Beziehung erheblich höher ist, als

ich früher angenommen hatte, und daß die Entwicklung in den letzten Jahren eine sehr starke gewesen ist.

Meine Herren, die Auffassung ist grundverkehrt, die Marineverwaltung wäre von der Industrie geschoben worden. Ich stehe in dieser Beziehung genau auf demselben Standpunkt wie mein hochverehrter früherer Chef General von Stosch, daß es Aufgabe der Marineverwaltung ist, die Schiffbauindustrie vorwärts zu schieben, nicht aber sich schieben zu lassen.

Es berührte mich auch eigenartig, daß der Herr Abgeordnete Bebel immer nur die Interessen der Leiter der Industrie hervorhebt. Ich möchte glauben, es giebt im ganzen deutschen Volke keine Berufsklasse, die so große Interessen an der Flotte hätte, wie die Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Zunächst finden die Arbeiter beim Bau von Kriegsschiffen wie in den mit dem Bau von Kriegsschiffen zusammenhängenden Hülfsindustrieen reiche und gute Arbeitsgelegenheit. Es werden in diesen Berufen eine ganze Reihe von Millionen Arbeitern beschäftigt. Weiter aber giebt es vielleicht nichts, was in dem kommenden Jahrhundert die Erhaltung, Blüthe und Ausdehnung unserer Industrie so sehr bestimmen wird, wie die Seegeltung Deutschlands, und diese Blüthe der Industrie kommt wieder den Arbeitern zu gute. Kommt es nun aber gar zu einem Seekriege, so würden wiederum die Arbeiter diejenigen sein, die am meisten unter dem Kriege zu leiden hätten, da sie bei einer Blockade in großem Umfange ihre Arbeitsgelegenheit verlören.

Vielfach herrscht die Auffassung, als ob ein moderner Krieg nur kurze Zeit dauern könnte. Ich will mich des Urtheils über diese Frage bezüglich eines Landkrieges enthalten. Aber der Natur des reinen Seekrieges widerspricht die Kürze der Dauer durchaus. Im Gegentheil, ein reiner Seekrieg trägt die Wahrscheinlichkeit einer langen Dauer in sich; denn die Absicht eines solchen Seekrieges, den Welthandel des anderen Staates zu vernichten, wird um so sicherer erreicht, je länger der Krieg dauert. Eine solche Vernichtung des Welthandels wird gerade durch eine Blockade in hohem Maße erreicht. Dieselbe läßt sich von dem Gegner mit verhältnißmäßig geringen Opfern aufrecht erhalten, sobald nur erst einmal die kleine deutsche Schlachtflotte vernichtet ist. Die Blockade würde zur Folge haben, daß viele Millionen von Arbeitern feiern müßten. Dies

Feiern von Millionen Arbeitern in Tausenden von bisher blühenden Industriezweigen würde die größten sozialen Mißstände herbeiführen.

Meine Herren, man hat es so dargestellt, als ob die Zufuhr von Rohmaterialien während einer solchen Blockade dadurch erreicht werden könnte, daß der nothwendige Import aus den Nachbarstaaten über Land ginge. Es ist aber doch einfach unmöglich, solche Quantitäten von Rohmaterial wie die, um welche es sich hier handelt, auf den Eisenbahnen durch die Nachbarländer zu transportiren. Es ist ebensowenig möglich, daß die Hafenplätze der kleinen neutralen Staaten diesen Durchgangsverkehr aufnehmen. Ganz abgesehen davon, daß ein mächtiger uns blockirender Seegegner sicherlich Mittel und Wege finden wird, dies zu verhindern, sind Rotterdam und Antwerpen heute bereits so überfüllt, daß sie außerdem noch den Riesenverkehr von Hamburg und Bremen gar nicht zu bewältigen im Stande wären.

Nach Beendigung des Krieges, wenn unsere Absatzgebiete und Handelsverbindungen von den übrigen Nationen in Beschlag genommen sind, würden es wiederum die Arbeiter sein, welche den Hauptschaden trügen. Man kann sich die Folgen einer langeandauernden Blockade für einen Staat, der industriell so entwickelt ist, wie Deutschland, gar nicht schlimm genug vorstellen. Dann würde mit Sicherheit die Verelendung der Massen eintreten. Ich enthalte mich des Urtheils, ob die Herren etwa glauben, daß eine solche Verelendung politisch günstig für Sie sei.

Meine Herren, ich habe vor einigen Tagen in einer sozialdemokratischen Broschüre gelesen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich darüber wundert, daß die englischen Arbeiter der transozeanischen Politik Englands ein so großes Interesse entgegenbrächten. Die Herren werden sich vielleicht auch darüber wundern, daß die englischen Arbeiter stets mit großer Energie für jede Flottenverstärkung eingetreten sind. Was mich wundert, ist, daß gerade die Führer derjenigen Partei, welche die Interessen der Arbeiter zu vertreten behauptet, in so schroffer Weise gegen die Nothwendigkeit einer Verstärkung unserer Flotte agitirten. Meine Herren, man soll in politischen Dingen nicht prophzeien, aber ich wäre beinahe versucht, es in diesem Falle doch zu thun: es wird der Tag kommen,

wo die deutschen Arbeiter (Lachen links) eine ähnliche Erkenntniß über die Bedeutung dieser Frage gewinnen, wie die englischen Arbeiter. Die älteren von den Herren mögen das vielleicht nicht mehr erleben, die jüngeren Herren werden es sicherlich thun. Die Arbeiter, für deren Wohl ich persönlich ein warmes Herz habe und für deren Wohl ich in meinen Ressort eintrete, soviel es nur möglich ist, werden hoffentlich sehr bald erkennen, daß ihre Interessen nicht international, sondern mit dem Gedeihen ihres Vaterlandes aufs engste verknüpft sind. (Unruhe links.)

---

121. Sitzung des Reichstages.

13. Dezember 1899.

Finanzminister **von Miquel**:*) Meine Herren, wenn ich nun noch zwei Worte zur Sache sagen darf, so möchte ich zunächst verweisen auf die Reden des Herrn Schatzsekretärs und der übrigen Herren aus den Reichsämtern mit der kurzen Bemerkung, daß ich mich ihren Anschauungen nur in allen Punkten anschließen kann. Als preußischer Minister, namentlich als preußischer Finanzminister, bin ich natürlich verpflichtet, mich um den Stand der Reichsfinanzen und ihre zukünftige Entwicklung, um die Höhe der Zumuthungen, die man an Sie und das deutsche Volk stellen kann, genau zu bekümmern; und da kann ich nur sagen: nach meiner Auffassung ist die bevorstehende Flottenvorlage in keinerlei Widerspruch mit der Leistungsfähigkeit der Reichsfinanzen und ihrer wahrscheinlichen zukünftigen Entwicklung und der inneren Kraft des deutschen Volks. Der Abgeordnete Lieber hat sich darauf berufen, daß ich immer davor gewarnt habe, in Preußen allzu große dauernde Ausgaben auf schwankende Einnahmen zu verweisen. Ich stehe auch hier genau auf demselben Standpunkt, bin aber der Meinung, daß ein Volk, dessen Wohlstand in einem solchen Maße wächst wie der des deutschen Volkes, dessen Handel und Industrie auf allen Gebieten so gewaltig fortschreiten, welches sich um 300 000, 500 000 Seelen jedes Jahr vermehrt, wohl berechtigt erwarten kann,

*) Im ersten Theil seiner Rede hatte der Minister auf die gegen ihn gerichteten Angriffe des Abg. Lieber erwiedert.

daß die Zolleinnahmen, die Haupteinnahmen des Reichs, in dauerndem Steigen begriffen bleiben werden. Allein schon die regelmäßige Volksvermehrung muß dahin führen.

Man hat mir imputirt, ich hätte auch in der Presse auf die Kornzölle und ihre Steigerung hinweisen lassen. Das ist natürlich vollständig aus der Luft gegriffen. Ich bin umgekehrt der Meinung: wenn wir einmal zu einer Steigerung der Getreidezölle kommen, so ist das mindestens ein ebenso starkes Moment für die Verminderung der Einnahmen aus den Getreidezöllen als für ihre Vermehrung. (Zustimmung rechts.) Denn die Getreidezölle sollen doch den Zweck haben, die Landwirthschaft in den Stand zu setzen, in entschiedenerem und größerem Maße als bisher den eigenen heimischen Bedarf an Getreide selbst zu produziren (sehr richtig! rechts), was naturgemäß zu einer Abminderung des Imports, folglich zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Getreidezöllen, führen müßte. (Sehr richtig! rechts.)

Finanziell, glaube ich, haben Sie daher nichts zu befürchten; eine Steuererhöhung wird nach meiner Ueberzeugung, soweit man in die Zukunft sehen kann, durch die Vermehrung der deutschen Flotte nicht herbeigeführt werden (Bewegung links); wohl aber wird die Leistungskraft des deutschen Volkes durch den größeren und sichereren Schutz unserer Küsten und Häfen, unseres Handels und Exports der Millionen von Deutschen, die im Auslande arbeiten, aber mit ihrem Vaterlande in Verbindung bleiben, dadurch erheblich gehoben werden.

Meine Herren, die Aelteren unter Ihnen werden sich noch der Zeit erinnern, wo wir in unseren traurigen deutschen Zuständen mit Angst und Sorge an jedem ersten Januar nach Paris blicken mußten, was der dortige Kaiser wohl zu sagen beliebte, ob er uns gnädig sei oder nicht, — weil uns das Gefühl der Schwäche in einem Grade drückte, daß wir meinten, abhängig zu sein von der Gunst oder Ungunst des jeweiligen Machthabers in unserem Nachbarstaate. (Bewegung.) Welcher Segen für das deutsche Volk, daß es jetzt sicher in sich selbst sein kann, daß es durch eigene Macht den Frieden erzwingt, wenn es nöthig ist, und daß, wenn er nicht behauptet werden kann, das deutsche Volk stark genug ist, zu Lande gegen eine Welt in Waffen zu fechten! Welche Sicherheit unserer ganzen

nationalen Existenz und ruhigen Arbeit wird dadurch gegeben! Genau so liegt die Sache aber bei der Flottenfrage, vielleicht in noch höherem Grade, weil wir da die weiten Wege über See haben, weil wir uns da viel sorgsamer und zeitiger vorbereiten müssen für die möglicherweise kommenden Eventualitäten und Gefahren. Da muß das Volk noch mit viel größerer Voraussicht und Einsicht die Maßnahmen unterstützen, die unter allen Umständen uns sichern, mit Ehren auch auf dem größeren Gebiete der Weltpolitik bestehen zu können.

Meine Herren, wir sind in Deutschland zu groß geworden, um wieder klein zu werden; wir können nicht eine bloße Landmacht mehr sein: unser Wohl und Wehe hängt jetzt in viel größerem Maße von unserer Stellung im großen Weltverkehr ab. Man mag das wünschen oder nicht, Thatsache ist es; und das deutsche Volk — verkennen die Gegner der Flottenvermehrung es nicht! — begreift es heute: die Konsequenzen einer negativen Haltung würden nicht blos der Nation schädlich sein, sondern auch der Partei, die diese negative Haltung annimmt.

Gewiß, unsere Aufgabe in Deutschland ist eine sehr schwierige. Gelegen mitten in Europa, an beiden Seiten die größten Militärmächte, andererseits so stark bevölkert, daß die innere Produktion nothwendig unsere Grenze überschreiten muß, daß die Beschäftigung eines großen Theils unseres Volkes sonst unmöglich ist, werden wir nothgedrungen auf den großen Weltmarkt verwiesen, und wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Wenn die Nation das nicht will, wenn sie diese Opfer nicht bringen will, nun, meine Herren, dann wird nicht Fortgang, Fortschritt, sondern Rückgang und Verkümmerung das Loos des deutschen Volkes sein. (Sehr richtig! rechts. Bewegung links.).

Meine Herren, aber wir können auch die Opfer bringen. Ich, der ich doch in finanziellen Dingen genau sehe und die Entwicklung des Wohlstandes im deutschen Volke aufs sorgfältigste beobachte, bin der festen Ueberzeugung, daß wir uns kein zu großes Ziel setzen, daß wir nicht leichtsinnig mit den Ausgaben zur Vertheidigung der Landessicherheit, für unsere Ehre und Selbständigkeit vorgehen, wenn wir nicht blos ein starkes Landheer, sondern auch eine starke Flotte haben. Ich bin überzeugt, daß die nähere Prüfung der gesammten Vorlage auch die Herren

vom Zentrum, wie das erste Mal, so auch diesmal, von der Ueberzeugung der Nothwendigkeit der Vorlage durchdringen wird, und daß man hier keine Wahl hat. Rückwärts wollen wir doch nicht, — wir müssen vorwärts. Dann müssen wir aber die nöthigen Opfer dafür bringen.

Meine Herren, möge das Zentrum, mit dem ich mich ja zu meinem Bedauern viel habe beschäftigen müssen (Heiterkeit), nur in dieser Frage seinen eigenen Spuren folgen! Bisweilen hatte ich früher den Eindruck, daß in der Reichspolitik das Zentrum unter seiner damaligen Führung etwas zu sehr den Blick auf die Einzelstaaten gerichtet hatte und das Reich erst in zweiter Linie berücksichtigte. Heute, von meinem finanziellen Standpunkte aus, — wollen mir die Herren das nicht übel nehmen! — denke ich bisweilen, das Zentrum ist in den Finanzen zu reichsfreundlich (Heiterkeit), es ignorirt mir zu sehr die Interessen der Einzelstaaten. Aber hier sind Einzelstaaten und Reich vollständig eins: die Fürsten und Regierungen der Staaten Deutschlands wollen diese Opfer bringen, weil sie sie für nöthig halten; hier ist kein Gegensatz zwischen Staaten und Reich vorhanden, — hier mögen daher alle zum gedeihlichen Ende zusammenwirken! (Lebhaftes Bravo rechts.)

Ich hole noch etwas nach, das sich gerade auf die finanzielle Seite bezieht. Der Herr Abgeordnete Lieber hat in seiner Finanzrede von gestern gesagt, es sei eigentlich nicht richtig, diese neue Flotte durch Anleihen aufzubringen, man müsse vielmehr einen Theil wenigstens aus dem Ordinarium aufbringen. Er weiß ganz genau, wie sehr ich gegen unnöthige Anleihen bin, und wie ich das finanzielle Verderben fast aller Staaten darin erblicke, daß sie Ausgaben, die aus laufenden Mitteln gedeckt werden müssen, der Zukunft zuweisen und aus Anleihen leisten. Aber, meine Herren, neue Schiffe bauen, die ja allerdings nicht direkt produktiv sind, aber indirekt es im höchsten Grade sind, heißt doch prinzipiell nichts anderes, als was wir in Preußen thun, wo wir jahraus jahrein 50 und 100 Millionen vielfach für Eisenbahnen ausgeben, die oft nichts weiter bedeuten als Meliorationen und direkt keine Rente in Aussicht stellen. (Lebhafter Widerspruch und Zurufe links.) Es giebt zahlreiche andere Fälle, wo man vollständig, auch bei der solidesten Finanzwirthschaft, berechtigt ist, derartig neue Zwecke durch Anleihen zu decken.

Meine Herren, darin stimme ich aber dem Herrn Abgeordneten Lieber bei, daß es sehr wünschenswerth ist, eine starke Schuldentilgung für diese Anleihen zu haben, was man ebenso gut eine starke Abschreibung nennen kann; und das wird sich auch nach meiner Auffassung wohl ermöglichen lassen innerhalb einer geordneten, die Matrikularumlagen nicht zu sehr erhöhenden Finanzverwaltung des Reiches. Aber ein Prinzip aufstellen: alle neuen Schiffe müssen gebaut werden aus den laufenden jährlichen Mitteln, — das halte ich für vollständig unmöglich, auch gar nicht geboten durch die Anforderungen einer korrekten Finanzverwaltung.

---

122. Sitzung des Reichstages.

14. Dezember 1899.

Graf von Dechenfeld-Köfering, Gesandter, Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Bayern: Meine Herren, bei der nunmehr schon drei Tage dauernden Etatsberathung im Reichstag, die größtentheils der künftigen Flottenvorlage gewidmet worden ist, ist auch die Stellung des Bundesraths und die Rolle, die ihm in der Flottenfrage zugewiesen worden ist, von verschiedenen Rednern berührt worden. Das veranlaßt mich zu wenigen kurzen Ausführungen, die ich nicht allein in eigenem Namen, sondern auch im Namen und auf Wunsch verschiedener meiner Kollegen zu machen habe.

Ich wende mich zunächst zu den Bemerkungen, die gestern von Herrn von Kardorff gemacht worden sind. Herr von Kardoff hat uns mitgetheilt, er habe verschiedenen, meist süddeutschen Blättern entnommen, daß bei der Vorbereitung dieser Vorlage nicht mit derjenigen Rücksicht gegenüber den verbündeten Regierungen und dem Bundesrath verfahren worden sei, auf die sie Anspruch hätten, daß man die Sache dem Bundesrath gewissermaßen über den Kopf weg genommen habe. Herr von Kardoff hat hinzugefügt, daß er Zweifel hege, ob diese Zeitungen richtig berichtet hätten. Ich kann ihm erwidern, daß seine Zweifel begründet sind, und daß das Verfahren in dieser Sache dasselbe gewesen ist, das bei anderen wichtigeren Vorlagen gebräuchlich ist, also ein vollständig korrektes. Sobald dies nach Lage der Sache überhaupt möglich war, haben die ver-

bündeten Regierungen von der Absicht der Reichsleitung Kenntniß erhalten. (Zurufe links.) Sie haben aber nicht bloß Kenntniß von der Absicht, sondern auch die nöthigen Unterlagen erhalten, um sich ein eigenes Urtheil in der Sache bilden zu können.

Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat dann weiter bemerkt, er wünschte, daß die alten Traditionen aufrecht erhalten würden, die in früherer Zeit im Verkehr mit den verbündeten Regierungen stets beobachtet worden seien. Auch in dieser Beziehung kann ich ihm versichern, daß dies frei geschehen ist, und daß bei den betreffenden Mittheilungen diejenigen Rücksichten voll gewahrt worden sind, auf welche die deutschen Fürsten und die deutschen Regierungen Anspruch haben.

Ich wende mich nun zu einigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter. Sie waren, ich möchte sagen, weniger freundlich gehalten als jene, die ich eben erwähnt habe, wenn auch Herr Richter in der Einleitung die Absicht durchblicken ließ, sich des Bundesraths anzunehmen. Dabei müßte ich gegenüber einem Ausdruck den der Redner gebraucht hat, den Ausdruck „Registrirbüreau", Verwahrung einlegen, wenn nicht der Herr Abgeordnete in einem Zuge sich selbst korrigirt und den Ausdruck sich widerlegt hätte. Der Herr Abgeordnete Richter hat nämlich die Erklärung die der Herr Reichskanzler im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben hat, durchaus richtig aufgefaßt. Er hat richtig aus der Erklärung herausgelesen, daß vorläufig eine Vorlage dem Bundesrath noch nicht vorliegt, daß also die verbündeten Regierungen über die Vorlage noch nicht berathen haben, und daß sie nur im allgemeinen zu den Plänen der Reichsleitung Stellung genommen haben. (Hört! hört! links.)

Es ist also genau dasselbe Verfahren hier eingehalten worden, das der Herr Abgeordnete Richter entbehren zu sollen glaubte.

Herr Richter bemerkt dann weiter: es gäbe einen Artikel in der Geschäftsordnung des Bundesraths, demzufolge bei der Vorbereitung von wichtigen Vorlagen die ersten Bevollmächtigten der Bundesstaaten zusammenzutreten und ihre Meinungen über die Vorlagen auszutauschen hätten. Der Herr Richter irrt; eine solche Bestimmung kennt die Geschäftsordnung des Bundesraths nicht. Die

Vorbereitungen der Vorlagen und der vorgängige Austausch der Meinungen erfolgt auf anderem Wege, theils im Korrespondenzwege, theils durch mündliche Rücksprache theils dadurch, daß man sich im Bundesrath vorläufig und, unter Vorbehalt der endgiltigen Stellungnahme über eine Vorlage bespricht. Eine solche Besprechung der Flottenfrage hat im Bundesrath in der That stattgefunden und hat zu dem Ergebniß geführt, welches Sie aus der Erklärung, die der Herr Reichskanzler Ihnen mitgetheilt hat, entnommen haben. Die Bundesregierungen haben im Bundesrath ihre Meinungen dahin kund gegeben, daß eine wesentliche Vermehrung der Flotte nothwendig sei, und unter diesem Gesichtspunkte werden sie allerdings zu der Vorlage selbst Stellung nehmen, wenn sie ihnen vorliegt. Die Prüfung der Vorlage nach ihren verschiedenen Seiten, nach der technischen und nach der finanziellen Seite, ist vorbehalten und wird gewissenhaft erfolgen. Vorläufig ist nur festgestellt, daß die verbündeten Regierungen der Ansicht sind, daß die Flotte, die wir heute haben und die wir auf Grund des Sexennatsgesetzes erhalten würden, in ihrem Sollbestand nicht ausreicht und einer wesentlichen Vermehrung bedarf. (Bravo!)

Nun möchte ich noch auf eine Bemerkung zurückkommen, die von dem Herrn Abgeordneten Bebel in der vorgestrigen Sitzung gemacht worden ist. Der Wortlaut seiner Ausführung ist mir nicht mehr erinnerlich; aber er äußerte unter anderem, ihm wäre es ganz recht, wenn der Bundesrath expropriirt würde. Ich habe nicht angenommen, daß irgend Jemand in diesem Hause, die Fraktionsgenossen des Herrn Abgeordneten Bebel ausgenommen, diese Bemerkung ernsthaft aufgefaßt hätte (sehr richtig! rechts), und ich sah mich darum auch nicht veranlaßt, damals das Wort zu ergreifen. Da ich es aber heute habe, möchte ich doch gegenüber diesen und den anderen auf den Bundesrath bezüglichen Aeußerungen des Herrn Abgeordneten namens dieser Körperschaft Verwahrung einlegen. Mich persönlich haben die Aeußerungen Herrn Bebels nicht erstaunt; denn, meine Herren, ich glaube, darüber ist wohl das ganze Haus, oder doch der allergrößte Theil des Hauses einig, daß das feste Band, daß die deutschen Fürsten und ihre Völker verknüpft, daß das feste Zusammenhalten der deutschen Fürsten unter sich, welches im Bundesrathe seinen Ausdruck findet, eine der

stärksten Stützen des Deutschen Reiches ist. (Sehr richtig!) Und, meine Herren, so lange das Reich auf föderalistischer Grundlage fest begründet dasteht, solange das deutsche Heer und die deutsche Flotte schlagfertig erhalten werden, so lange wird der Weizen des Herrn Abgeordneten Bebel und seiner Partei nicht blühen. Das wissen die Herren selbst am Besten. (Lebhaftes Bravo.)

Vice-Admiral Tirpitz: Meine Herrn, der Herr Abgeordnete Richter ist des näheren auf die vor meiner Amtsführung zurückliegende Zeit eingegangen und hat ausgeführt, was damals schon alles geschehen ist, um eine deutsche Flotte zu schaffen. Ich habe die Details dieser Zeit nicht so zur Hand und glaube mich daher auf die Anführung der Thatsache beschränken zu sollen, daß wir im Jahre 1897 thatsächlich nur 7 Linienschiffe verwendungsbereit hatten, trotzdem eine Periode großen wirthschaftlichen Aufschwungs in Deutschland bereits voraufgegangen war.

Der Herr Abgeordnete Richter hat dann so irrthümliche Auffassungen über die Entstehung dieses Flottenplans ausgeführt, daß ich nicht umhin kann, auf diesen Punkt etwas näher einzugehen.

Meine Herren, während der letzten zwei Jahre ist über die Frage der Nothwendigkeit, eine starke Flotte für Deutschland zu schaffen, zwischen dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts und mir stets vollständige Uebereinstimmung gewesen. Fraglich war nur der Zeitpunkt des weiteren Vorgehens gewesen. Eine Einwirkung des Chefs des Marinekabinets, wie der Herr Abgeordnete Richter anzudeuten beliebte, hat zu keiner Zeit stattgefunden. Es ist uns erst nach dem Ablauf des Frühjahres — ich brauche auf die näheren Umstände wohl nicht einzugehen — klar geworden, daß wir nicht gut länger zögern könnten, und daß die Gefahr für Deutschland größer war, als wir bei Berathung des ersten Flottengesetzes angenommen hatten.

Meine Herren, ich habe mir bereits früher erlaubt, auszuführen, daß einerseits der politische Druck, andererseits der Umstand, daß wir anderenfalls nach Lage der Dinge thatsächlich drei Jahre verlieren würden, uns zu der Ueberzeugung gebracht hat, daß wir jetzt schon weiter gehen müßten. Es war zuerst in Aussicht genommen, dies im

nächsten Jahre zu thun. Als aber nach der Hamburger Rede in den Blättern der Opposition gegen jede Flottenvermehrung die schärfste Opposition einsetzte, schien es uns richtig, daß wir das Feld nicht vorher verwüsten ließen, und daher ist mit Einverständniß des Herrn Reichskanzlers von Seiten des Reichsmarineamts der bekannte Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veranlaßt worden.

Meine Herren, was enthielt denn dieser Artikel? er enthielt weiter nichts, als daß er sagte: wenn unser Vaterland gezwungen wäre, weiter zu gehen mit der Verstärkung seiner Flotte, dann würde es in der und der Weise zu machen sein. Wie darin eine Beeinträchtigung irgend welcher Rechte des hohen Hauses oder der verbündeten Regierungen erblickt werden kann, vermag ich nicht einzusehen. Ich glaube, meine Herren, wenn vor drei oder vier Jahren ein derartiger Artikel in dieser Zeitung erschienen wäre, — er wäre spurlos verhallt. Der große Eindruck dieses Artikels ist lediglich darauf zurückzuführen, das unser Volk durch die politischen Ereignisse der letzten Jahre zu der Einsicht gekommen war, daß wir schon zu lange — gefährlich lange — gezögert hatten, Deutschland die erforderliche Macht zur See zu geben.

Als dann infolge des Artikels eine allgemeine Erregung entstand, war es uns klar, daß wir die Entscheidung über eine so große Frage, wie sie die Verstärkung der Flotte bedeutet, nicht auf ein ganzes Jahr verschieben konnten. In unserer Nation hatte der Gedanke weite Verbreitung gefunden, daß wir unseren Welthandel auf die Dauer nur aufrecht erhalten können, wenn wir uns eine starke Flotte schaffen, daß es selbst guten Freunden gegenüber, die aber unsere wirthschaftlichen Konkurrenten sind, nützlich und nothwendig ist, auf eigenen Füßen zu stehen. So, meine Herren, sind wir dazu gekommen, die Novelle zum Flottengesetz schon jetzt vorzubereiten. Das ist der thatsächliche Hergang.

Ich komme nunmehr zu den persönlichen Angriffen, die der Herr Abgeordnete Richter in überreichlicher Weise auf meine Person gehäuft hat. Er ging zunächst davon aus, ich hätte in keiner Weise vor zwei Jahren angedeutet, daß mit dem Flottengesetz von 1897 der Abschluß unserer Flotte nicht erreicht sein könne. Ich möchte demgegenüber Folgendes anführen. Zunächst ist in der Begründung zum Flotten-

gesetz ausgeführt worden, daß dieses mit den gegenwärtigen Interessen Deutschlands und, meine Herren, auch mit den gegenwärtigen Gefahren rechnete. Die Anschauung, was zu den gegenwärtigen Gefahren möglicherweise zu rechnen wäre, hat sich allerdings bei uns geändert. Ich habe ferner bei der Vertretung der Vorlage hier in diesem hohen Hause an drei Stellen ganz deutlich meine Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß mit dieser Vorlage nicht für alle Zeit das letzte Wort gesprochen wäre. Ich bitte um Entschuldigung wenn ich nach den persönlichen Angriffen, nicht umhin kann, diese Stellen zu verlesen. Ich habe gesagt:

> Man könnte sagen, daß wir in die Lage kommen könnten, die Auslandsschiffe zu vermehren; das ist ja möglich. Die Auslandsschiffe sind nach den heutigen Seeinteressen des Reichs berechnet. Es wäre schließlich aber doch ein günstiges Zeichen, wenn ein solches Bedürfniß hervorträte; denn es wäre ein Beweis, daß unsere Seeinteressen sich wieder von neuem vermehrt hätten.

Daß das Maß der Vermehrung der Seeinteressen in den zwei Jahren ein so großes sein würde, wie es thatsächlich ist, konnten wir damals nicht wissen.

Ich habe zweitens gesagt:

> Es ist der Fassung des Gesetzes entgegengehalten worden, daß eine unbegrenzte Giltigkeitsdauer für diesen Sollbestand durch das Gesetz verlangt worden ist. Ja, meine Herren, ich glaube kaum, daß diese unbegrenzte Giltigkeitsdauer eine Frage grundsätzlicher Bedeutung für die verbündeten Regierungen sein würde.

Ich habe ausgeführt, daß unsere Schlachtflotte so, wie sie im Gesetz stand, eine Minimalstärke bedeute, unter die nicht heruntergegangen werden könne, ohne daß unsere Flotte völlig ihre Bedeutung verlöre. Diese Flotte, wie sie 1897 vorgesehen wurde, war, wie in der Begründung ausgeführt ist, lediglich eine Ausfallflotte, die gelegentlich eine Chance für eine einzige Schlacht hat, die aber außer Stande ist, einen ganzen Krieg gegen eine übermächtige Macht durchzuführen. Der Herr Abgeordnete Richter hat mir von neuem einen Ausdruck vorgehalten, den ich hier bezüglich der Bedeutung unserer Flotte gegenüber einer Seemacht ersten Ranges gebraucht habe. Meine Herren,

ich kann nur wiederholen, daß diese Frage eingehend in der Budgetkommission behandelt worden ist, und daß ich dort ausgeführt habe, daß zu einer Offensive gegen unsere Küste das 1 1/3- bis 1 1/2 fache unseres Bestandes an Linienschiffen nöthig sein würde. Da wir nun nach dem Gesetz 19 Linienschiffe haben sollen, so ergiebt ein bloßer Blick in einen Flottenalmanach — ich glaube, er wird ja dem Herrn Abgeordneten Richter zur Verfügung stehen — ohne weiteres, daß wir mit der Flotte, wie sie das Gesetz vorsieht, nicht gegen jeden Staat einen Vertheidigungskrieg zu führen im Stande sein würden. Der Herr Abgeordnete Richter selbst hat bei den Verhandlungen über das jetzige Flottengesetz nicht daran gedacht, daß es der endgiltige Abschluß sein könnte; er hat das ebenso wenig gedacht, wie das in der gesammten Presse so aufgefaßt worden ist, daß nun der Abschluß für Deutschlands Seemacht auf alle Zeit erreicht sei. Herr Richter hat am 7. Dezember 1897 ausgeführt:

> Der Herr Staatssekretär stellt selbst gewissermaßen in Aussicht, bei Auslandsschiffen könne sehr bald noch mehr gefordert werden; denn hier handle es sich in seinem Plan nur um das gegenwärtige Bedürfniß, und es würde sehr erfreulich sein, wenn sich später ein stärkeres Bedürfniß zeigte, weil dies eine Vermehrung der Seeinteressen bedeute. Es hat mich auch eigenthümlich berührt, daß gestern Herr Staatssekretär Tirpitz immer von einer Minimalstärke der Panzerschiffe in der Vorlage sprach. Das läßt also die Möglichkeit offen, daß man sich nachher besinnt, daß die Mindeststärke doch wohl nicht ausreichen würde.

Ich habe diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter seiner Zeit nicht widersprochen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat ausführlich zu beweisen gesucht, daß ich heute im Widerspruch stände mit meinen früheren Ausführungen. Er hat damit etwas bewiesen, was zu beweisen gar nicht nothwendig gewesen wäre; denn ich habe das vollständig zugegeben — ich habe eben ausgeführt, daß wir die Gefahr jetzt größer schätzen, und daß wir die Durchführbarkeit einer erheblichen Verstärkung jetzt besser übersehen können; dadurch sind wir schon jetzt zu diesem Schritt gezwungen worden. Meine Herren, Sie werden mir, glaube ich, Alle glauben,

daß es persönlich für mich sehr viel bequemer gewesen wäre, ich hätte das Sexennat so durchgeführt, wie es seinerseits im Jahre 1898 nach bestem Ermessen veranschlagt und bewilligt worden ist. Aber bei dem Konflikt, der sich hier für mich ergab zwischen meinen persönlichen Interessen und den Interessen unseres Vaterlandes, da habe ich, wie stets in meinem Leben in solcher Lage, nicht einen Augenblick gezweifelt, was ich zu thun hätte.

Es ist ferner von dem Herrn Abgeordneten Richter in sehr scharfer Weise über die Preßbewegung gesprochen worden, die sich zu Gunsten der Flottenverstärkung geltend gemacht habe. Ich kann das ja von Seiten des Herrn Abgeordneten Richter vollständig verstehen. Ich möchte aber gegenüber den Andeutungen, die auch gestern gemacht worden sind, hervorheben, daß mein Einfluß nach dieser Richtung hin in diesem hohen Hause doch wohl etwas zu hoch geschätzt wird. Beispielsweise ist der Flottenverein eine vollständig selbstständige Institution, die sich meiner Einwirkung entzieht. Aber dennoch will ich für mein Theil alles thun, damit diese Bewegung in solchen Schranken bleibt, daß eine gute Verständigung über die große Frage nicht erschwert wird. (Bravo! in der Mitte.) Ich habe die Empfindung, daß auch der Herr Abgeordnete Richter nach dieser Richtung hin mich etwas zu unterstützen im Stande wäre. Ich glaube, daß nicht zum wenigsten die Art, wie in der dem Herrn Abgeordneten Richter nahestehenden Presse in dieser Richtung vorgegangen wird, einen Einfluß auf die Lebhaftigkeit hat, die von der anderen Seite zum Eintritt für die Flottenverstärkung sich geltend machte. Solange es der Herr Abgeordnete Richter für sein gutes Recht betrachtet, unsere Nation in seiner Weise über diese vitalen Interessen unseres Vaterlandes aufzuklären, so lange, meine Herren, werde ich es auch als ein gutes Recht des Amtes betrachten, welches ich die Ehre habe zu verwalten, in gleicher Weise nach meiner Ueberzeugung unsere Nation über die Nothwendigkeit der Flotte aufzuklären. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister **Graf von Posadowsky-Wehner***): Ich möchte jetzt auf die Ausführungen des Herrn Ab-

*) Eingangs seiner Rede hatte sich der Minister gegen die Ausführungen des Abg. Rösicke gewendet, welcher der Regierung Mangel an Fürsorge für die Landwirthschaft vorwarf.

geordneten Richter eingehen. Ich gestehe gerne zu, der Herr Abgeordnete Richter hat sich durch seine lange parlamentarische Thätigkeit eine glänzende und für viele bestechende Beredsamkeit erworben. Ich habe aber solche sachlich so sorgfältig vorbereiteten Reden, wie der Herr Abgeordnete Richter heute gehalten hat, schon oft von ihm gehört, wenn es sich darum handelte, große Maßregeln im Interesse des Vaterlandes auf dem Gebiete der Landesvertheidigung oder irgend welchen anderen Gebieten durchzuführen, und ich kann nicht leugnen: fast immer waren die Reden des Abgeordneten Richter contra.

Wenn man eine solche tiefgehende Frage hier erörtert, so halte ich es wirklich für nebensächlich, jetzt noch lange zu verweilen dabei, wie diese Bewegung zu Gunsten der Flotte ins Leben gerufen ist. Der Kernpunkt der Frage ist doch der: ist das Ziel, was man mit der Bewegung verfolgt, ein sachlich berechtigtes? In dieser Beziehung stellen Sie sich, bitte, einmal die maßgebende Situation vor.

Ich empfinde es gewiß schmerzlich, ebenso schmerzlich wie der geehrte Herr Vorredner, daß unser handelspolitisches Verhältniß zu Amerika bisher noch immer nicht geregelt werden konnte, weil ich der Ueberzeugung bin, das gute Recht steht auf unserer Seite. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Wir haben sehen müssen, daß, während Amerika fortgesetzt unsern ganzen Konventionaltarif eingeräumt erhält, dieses Land seinerseits seine Zölle erhöht hat in einer Weise, die zum Theil einen prohibitiven Charakter annimmt, und diese Zollerhöhung durchgeführt in einer Weise, welche für die deutsche Industrie außerordentlich lästig ist. (Sehr wahr! rechts.) Das ist mir von Vertretern aller Parteien sehr eingehend zu Gemüthe geführt worden. Wir müssen also sehen, daß dieses gewaltige Land, dieser große Staat, den man fast einen Kontinent für sich nennen könnte, immer mehr sucht, sich gegen europäische Fabrikate abzuschließen. Auf der anderen Seite hat uns England den Vertrag gekündigt, durch den ausgeschlossen war, daß das englische Mutterland Vorzugszölle in den einzelnen Kolonien gegenüber den deutschen Bundesstaaten einführen konnte. Bis jetzt haben von diesem Rechte der Vorzugszölle bekanntlich nur Kanada und eine kleine Kolonie Gebrauch gemacht, die wir deshalb ebenfalls dem autonomen Tarif unterstellen werden. Daß aber in England die Neigung

besteht, auf diesem Wege fortzufahren und uns so zu Gunsten englischer Fabrikate mit der Ausfuhr unserer Fabrikate zu differenziren und so vielleicht auszuschließen von dem ganzen Markte des englischen Weltreichs, das ist ebenso unzweifelhaft. Stellen Sie sich also, bitte, vor: wenn Nordamerika in seiner ungeheueren Ausdehnung und mit dem Einfluß, den es auch auf andere amerikanische Staaten übt, und wenn ferner das englische Weltreich versucht, uns in dieser Weise mit unserer Produktion von dem Weltmarkt auszuschließen: ein wie verhältnißmäßig kleiner Theil der zivilisirten und halbzivilisirten Welt bleibt uns dann noch übrig für die Ausfuhr unserer Fabrikate! (Sehr richtig! rechts.) Daß unter diesen Verhältnissen der Wunsch bei uns rege ist, daß wir wenigstens auf dem noch verbleibenden Theile des Erdballs eventuell mit gleichen Machtmitteln auftreten, wie England, wie Amerika, daß wir auch mit gleicher Autorität auftreten können, wie unsere handelspolitischen Konkurrenten — das ist, glaube ich, gerechtfertigt, und hierin liegt auch die eigentliche innere Ursache, weshalb im deutschen Volke in so weiten Kreisen sich plötzlich das Verständniß für die weitere Vermehrung unserer Flotte Bahn gebrochen hat. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch und Zurufe links.) Das gestehe ich dem Herrn Abgeordneten Richter ohne weiteres zu: mit Kanonen erwirbt man keine Konventionaltarife und schließt keine Handelsverträge ab. Jemand, der aber eine starke Waffe in der Hand hat — den behandelt man, wenn es zum Streit kommt, immer mit mehr Achtung wie den Waffenlosen. (Zurufe links.) — Ja, Herr Abgeordneter Richter, waffenlos sind wir nicht, soweit es sich um unsere trockenen Grenzen handelt; aber es handelt sich um Verstärkung unserer Seewehr in Gebieten, die außerordentlich weit vom Vaterlande entfernt sind.

Ich habe einmal ein sehr interessantes Schriftstück des Grafen Caprivi gesehen. Dem Grafen Caprivi war ein Bericht, eine Denkschrift, will ich einmal sagen, vorgelegt worden, in dem sich die Ausführung befand: die Erweiterung unseres Kolonialgebietes sei ohne Einfluß, ohne Bedeutung für die Ausbildung unserer Flotte, die ihre eigenen besonderen Ziele habe. Graf Caprivi schrieb an den Rand die Bemerkung:

Das ist sehr unrichtig, denn es wird ein Tag

kommen, wo die Flotte ihre Wünsche für Erhöhung ihrer Bedeutung auf die Kolonialverwaltung und den Besitz unserer Kolonien stützen wird.

Ich glaube, dieses Wort war richtig und ein prophetisches. Ich hatte heute, wie der Herr Abgeordnete Richter sprach, den Eindruck, die Rede hätte er eigentlich halten müssen, wie es sich darum handelte, die erste deutsche Kolonialerwerbung hier im Reichstag zu genehmigen. Wenn man keine Kolonien hat, dann ist vielleicht eine Flotte in dem Maße, wie wir sie jetzt fordern, nicht so nothwendig, wenngleich sich ihr Bedürfniß immer mehr betonen wird, je größere Kapitalien wir im Auslande in gewagten Geschäften anlegen. Sobald man aber Kolonien erwirbt, werden die Kolonien nicht nur ein Theil unseres weiteren Vaterlandes, sondern sie werden auch ein Theil unserer nationalen Ehre. (Sehr richtig! rechts.) Und deshalb, meine Herren, müssen wir die Stärke der Streitkräfte zur See besitzen, daß wir unsere nationale Ehre auch in unseren Kolonien vertheidigen können.

Der Herr Abgeordnete Richter hat hervorgehoben, man könne die Entwicklung der Einnahmen nicht vorhersehen und sollte deshalb solche großen dauernden Ausgaben, wie sie mit der Flottenverstärkung zusammenhängen, nicht auf die Zukunft basiren. Das ist in gewissem Grade sicher richtig. Aber wenn man so weit gehen sollte, daß man überhaupt wachsende Ausgaben nicht mehr wagt, weil man nicht sicher ist, daß in Zukunft auch die Einnahmen sich fortgesetzt steigern oder auf der Höhe erhalten bleiben, dann müßten wir den weiteren Ausbau unseres Staatswesens auf wirthschaftlichem, politischem und militärischem Gebiete überhaupt sistiren.

Herr Abgeordneter Richter unterschätzt die Verpflichtungen, die Deutschland übernimmt mit der fortgesetzten Steigerung seines Exportes und mit der Vermehrung seines Kolonialbesitzes. Das ist aber eine feststehende Thatsache, mit der wir rechnen müssen. Ich meine, wenn ein Staat wie Deutschland, der sich bereits so im Welthandel engagiert und mit Kolonialbesitz so festgelegt hat, nicht eine ausreichend starke Flotte hat, die den militärischen Anforderungen unter allen Umständen genügen kann, die an die Seewehr gestellt werden, so würde Deutschland etwa in der Lage eines Kavalleristen sein, der zwar sehr gut reiten kann,

aber kein Pferd hat. Es besteht zwischen der Auffassung des Herrn Abgeordneten Richter und der Auffassung, wie ich annehme, der Majorität dieses Hauses ein tiefgehender Unterschied. Der Herr Abgeordnete Richter legt an jede derartige Maßregel, wie sie hier vorgeschlagen wird, seine kritische Sonde an und schreibt alles das in das Debet der Sache, was Zweifel hervorrufen kann. Aber jede große nationale Entwicklung in der Welt ist aus dem Gefühl hervorgegangen, daß ein Staat mit seiner wachsenden Kultur auch fortgesetzt wachsende Aufgaben zu erfüllen hat, und daß man daß Vertrauen haben und von der Zukunft hoffen muß, daß die Nation stark und opferwillig genug sein werde, diese Aufgabe auch finanziell zu lösen. Einen mathematischen Beweis wird Ihnen der Herr Staatssekretär auch nicht erbringen können, daß die finanzielle Entwicklung immer so sein wird, daß wir ohne neue Opfer diese Flottenverstärkung tragen können. Wenn aber die Mehrheit des hohen Hauses der Ansicht ist: wir brauchen eine stärkere Flotte zur politischen und handelspolitischen Entwicklung Deutschlands — dann müssen wir auch den Muth haben, diesen Schritt zu unternehmen und, wenn es nothwendig ist, auch die Mittel dafür aufzubringen. (Bravo! rechts.)

PERPUSTAKAAN NASIONAL RI

PERPUSTAKAAN NASIONAL
REPUBLIK INDONESIA

PERPUSTA